



Politische Ökonomie

## Kann eine Renaissance der Beschäftigungspolitik gelingen?

»In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung und ein besseres Leben.« So lautet der Titel einer aktuellen Broschüre im Bereich Wirtschaftspolitik, herausgegeben von der deutschen Gewerkschaft ver.di. In klassischer – oder, wie viele weniger freundlich denken: ewig gestriger – Weise fordern die Gewerkschaften einmal mehr Investitionsprogramme für mehr Beschäftigung, obwohl doch klar sein sollte, dass Vollbeschäftigung ein Relikt aus der Vergangenheit ist. Mit Wirtschaftswachstum könne die Erwerbslosigkeit nicht mehr beseitigt werden und Wachstum sei es aus ökologischen Gründen ohnehin fragwürdig. Die Arbeit, sie gehe uns schlicht aus.

Wenn es denn so wäre! Die Realität sieht anders aus: Die einen arbeiten in ihren Betrieben bis zum Umfallen, ihnen werden immer mehr Leistung und längere Arbeitszeiten abverlangt. Die anderen sind damit beschäftigt, Anträge an die Arbeitsagentur oder das Sozialamt auszufüllen, und werden genötigt, Arbeitsplätzen hinterher zu jagen, die es gar nicht gibt. Die dritten müssen ihren Alltag nach Stechuhr organisieren, um Erwerbsarbeit, Familie und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen.

Gleichzeitig wird die Liste der Verschlechterungen in der öffentlichen Infrastruktur und Personalausstattung immer länger: Kinderbetreuung, Jugendclubs, Seniorenarbeit und viele andere soziale Dienste, aber auch Theater und Museen werden seit Jahren teurer oder sogar abgebaut. Kinder aus sozial schwächeren Familien geraten durch die schlechte Bildung immer mehr ins Hintertreffen. Autos holpern mehr und mehr über schlechte Strassen. Wegen Einsturzgefahr von Brücken gibt es die ersten Teilsperrungen. Öffentliche Gebäude stürzen zusammen, töten Menschen. Lecks in der Kanalisation werden zunehmend zu einem Risiko für das Grundwasser.

Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Im Mai 2005 meldete die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft DLRG, dass nur noch zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler schwimmen können, weil immer mehr Kommunen aus Geldmangel ihre Bäder schliessen und es zu wenig Schwimmunterricht gebe. Heute können lediglich 77 Prozent

---

### Dr. Sabine Reiner

Jahrgang 1962, arbeitet im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Deutschland.



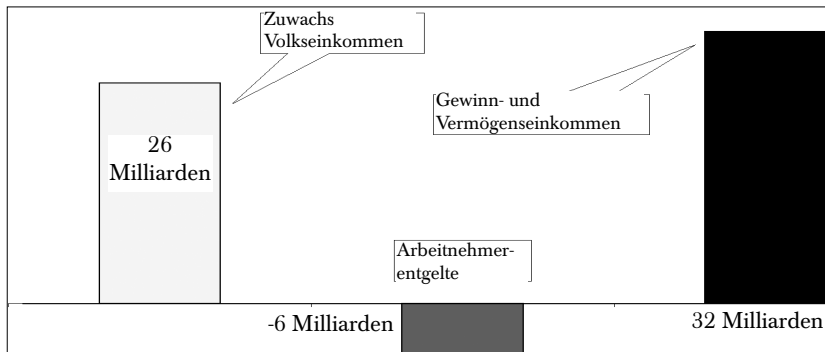
der Bevölkerung schwimmen. Vor 15 Jahren waren es noch 90 Prozent. Der Sparzwang der Kommunen, das impliziert der Warnruf des DLRG, kann auch zum Ertrinken führen.

Die Liste lässt sich fast beliebig verlängern, auch durch Beispiele aus anderen Ländern, etwa Grossbritannien: Die ungewöhnliche Hitze brachte im Sommer 2006 die Londoner Wasserversorgung an ihre Grenzen. Die Bevölkerung wurde zum Wasser Sparen angehalten, Gärten durften nicht mehr bewässert werden. Allerdings regte sich dagegen Protest. Denn täglich versickern viele Millionen Liter Wasser aus den maroden Leitungen, die zum grossen Teil noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Die Bevölkerung kritisiert zunehmend, dass die privaten Wasserversorger zu wenig in das Leitungsnetz investieren.

### Gibt es tatsächlich keine Alternativen?

Viele Menschen nehmen die gegenwärtige Situation resigniert hin. Die Übermacht der Argumente scheint zu gross: Wir hätten in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt; ein zu grosses Mass an sozialer Sicherung lähme zudem die Eigeninitiative und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen; die Globalisierung zwingt uns zum Verzicht; die zunehmende Überalterung der Bevölkerung mache die gewachsenen Strukturen des Sozialstaats unfinanzierbar.

Selten hingegen ist in Deutschland zu hören, dass das Land nach wie vor zu den reichsten dieser Erde gehöre. Noch seltener hört man, dass der Reichtum zu- und nicht abnimmt. Allein im vergangenen Jahr 2005 betrug der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 26 Milliarden Euro. Gleichmässig auf die Bevölkerung verteilt, wären das rund 400 Euro pro Kopf oder zum Beispiel 1600 Euro zusätzlich im Jahr für eine vierköpfige Familie. Bei den Beschäftigten ist davon allerdings nichts angekommen. Im Gegenteil: sie haben sogar weniger als im Vorjahr.



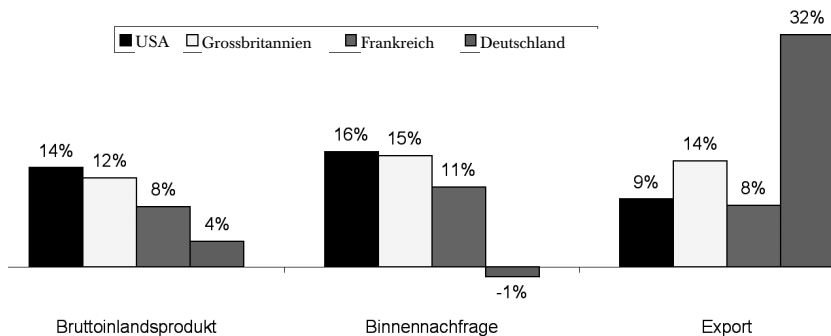
Umverteilung von unten nach oben 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschlands.



Die Umverteilung von unten nach oben ist – neben der hohen Erwerbslosigkeit und immer prekärer Beschäftigung – ebenfalls eine Ursache der Finanznöte in den sozialen Sicherungssystemen. Wenn Arbeitnehmerentgelte kaum noch wachsen oder sogar schrumpfen, können auch die Sozialversicherungsbeiträge nicht wachsen. Die Politik reagiert darauf mit anhaltenden ›Nullrunden‹ für Rentnerinnen und Rentner sowie Kürzungen bei den Erwerbslosengeldern.<sup>1</sup>

Dabei hinkt die Lohnentwicklung in Deutschland noch deutlich hinter der Entwicklung in anderen Ländern her (Düthmann et al 2006). Die CDU hat das erklärte Ziel, die Lohnkosten generell um 10 bis 15 Prozent zu senken. Forderungen nach einem Mindest-Stundenlohn von 7,50 Euro, wie er in vergleichbaren Ländern längst üblich ist, werden als illusorisch abgetan.<sup>2</sup> Deutschland konnte seinen Wettbewerbsvorsprung zu Lasten der Handelspartner immer weiter ausbauen und verzeichnet seit Jahren als Exportweltmeister gigantische Exportüberschüsse. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist eine ausgeprägte Schwäche bei der Entwicklung der inländischen Wirtschaft. Noch so starke Exportsteigerungen können diese Schwäche nicht ausgleichen, denn vier Fünftel der Beschäftigten arbeiten für den Binnenmarkt, nur ein Fünftel für den Export. Sozial- und Lohndumping als angeblich notwendige Strategie angesichts der Globalisierung strangulieren die Binnennachfrage immer weiter, schwächen das Wachstum und sind Bremse statt Motor im Konjunkturaufschwung.



*Binnennachfrage: Reales Wachstum der Nachfragekomponenten von 2001 bis 2006 in verschiedenen Ländern. Quelle: OECD.*

Die Kostensenkung durch Lohnbegrenzung und Deregulierung, die Steuersenkung zugunsten von hohen Einkommen, Gewinnen und Vermögen, die Privatisierung und der Abbau sozialer Leistungen und öffentlicher Investitionen hat weder die Wachstumsschwäche noch den Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Diese Politik ist nicht nur unso-



zial und ungerecht, sie ist auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch schädlich. Dennoch beruht ihre Überzeugungskraft nicht allein darauf, dass sie seit langer Zeit in verschiedenen Variationen auf allen Kanälen als common sense verbreitet wird und Alternativen weitgehend ignoriert oder geleugnet werden.

Viele dieser politischen Empfehlungen können sich auf alltägliche Erfahrungen und den vermeintlich gesunden Menschenverstand stützen. Wenn eine Familie finanzielle Engpässe hat, dann muss sie eben sparen. Wenn ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, Absatzprobleme bekommt und Entlassungen drohen, sind Kostensenkung das nahe liegende Rezept. Wenn Unternehmen im globalen Wettbewerb Oberwasser behalten wollen, müssen sie sich weltweit die günstigsten Bedingungen aussuchen. Ständige Medienberichte über Produktionsverlagerungen scheinen den Beweis zu liefern.<sup>3</sup>

In konkreten betrieblichen Erpressungssituationen werden Beschäftigte und ihre Betriebsräte vor die Alternative gestellt, Einkommensverlusten oder Arbeitszeitverlängerungen zuzustimmen, ansonsten sie mit Entlassungen rechnen müssten. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist es verständlich, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich für Ersteres entscheiden. Gleichzeitig scheint sich so zu bestätigen: Lohnverzicht schafft beziehungsweise erhält Arbeitsplätze – zumindest bis zur nächsten Bedrohungssituation. Das Fatale dabei ist, dass genau diese Formulierung – »Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze« – die neoliberale Botschaft prägnant auf den Punkt bringt. Unbewusst kann sie so zum Element des Alltagsverstands werden.

Was aber für eine Familie und den einzelnen Betrieb zumindest kurzfristig als richtig erscheint, gilt nicht in einer längeren Perspektive und erst recht nicht für die gesamte Volkswirtschaft. Mit Lohnsenkung reagiert ein einzelner Betrieb auf seine Probleme und verschafft sich so einen Kostenvorteil gegenüber seinen Konkurrenten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht mag der Versuch rational sein, auch wenn das Problem nicht in zu hohen Kosten liegt, sondern in mangelnden Aufträgen infolge einer wirtschaftlichen Flaute. Aber auch die Konkurrenten sind mit Absatzschwierigkeiten konfrontiert. Sie werden ebenfalls versuchen, mit Kostensenkung zu reagieren, und machen so den kurzfristigen Vorteil des ersten Betriebs wieder zunichte. Alle produzieren nun mit reduzierten Kosten. An der wirtschaftlichen Flaute ändert sich aber nichts. Im Gegenteil: die Konsumnachfrage und damit der Anreiz für Investitionen sinkt.

Die Politik versagt, wenn sie sich die einzelwirtschaftliche Sicht zu Eigen macht. Ihre Aufgabe wäre doch gerade, die gesamtwirtschaftli-



chen Auswirkungen und Entwicklungen in den Mittelpunkt zu stellen. Doch die neoliberalen Botschaften haben sich tief ins Bewusstsein von Politikerinnen, Politikern und weiten Teile der Bevölkerung gegraben. Der erste Schritt ist daher, dem eingeschränkten und dadurch falschen Blick auf betriebswirtschaftliche Zusammenhänge klarer und offensiver entgegenzutreten und Alternativen zu benennen.<sup>4</sup>

### **Alternativen denken – für eigene Interessen eintreten**

Neben einer klaren Stellungnahme gegen die neoliberalen Botschaften und dem Aufzeigen makroökonomischer Zusammenhänge ist es wichtig, Alternativen zu skizzieren. Das eingangs erwähnte ver.di-Zukunftsinvestitionsprogramm ist der Bestandteil einer alternativen Konzeption.

Der Anteil der öffentlichen Investitionen ist in Deutschland mit nur noch 1,3 Prozent am Bruttoinlandprodukt extrem gefallen. Der Durchschnitt in der EU liegt bei rund 2,5 Prozent. Auch dieser Wert ist nicht gerade hoch. Vor nicht allzu langer Zeit haben die öffentlichen Gebietskörperschaften noch deutlich mehr für Investitionen, etwa in Bildung, Infrastruktur, kulturelle oder soziale Angebote, ausgegeben – in Deutschland waren es in den 1970er-Jahren fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts. Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzlichen öffentlichen Ausgaben von 40 Milliarden Euro, wie ver.di sie fordert, würde Deutschland lediglich den Anschluss an das aktuelle europäische Niveau erreichen. Eine Million zusätzliche reguläre Arbeitsplätze könnten so geschaffen werden.<sup>5</sup>

Das Programm ist ganz ausdrücklich qualitativ orientiert. Es geht nicht darum, Arbeitsplätze um der Arbeitsplätze willen zu schaffen. Die Beispiele für notwendige Zukunftsinvestitionen, die in der ver.di-Broschüre genannt werden, betreffen Bereiche, in denen eklatante Mängel herrschen. Einer davon ist der Bildungsbereich. Die Pisa-Studien haben gerade für Deutschland klägliche Ergebnisse gezeigt – nicht nur bezogen auf das Bildungsniveau, sondern besonders auch auf die soziale Selektivität des Bildungsprozesses. In kaum einem anderen Land haben es Kinder von ärmeren Eltern oder von Migranten – verschämt als »bildungsferne Schichten« bezeichnet – so schwer, einen höheren Abschluss zu erreichen. Mit mehr Lehrpersonal, Betreuerinnen und Betreuern, kleineren Klassen, Sprachunterricht und anderer spezieller Förderung könnte hier viel erreicht werden.<sup>6</sup>

Dieses Beispiel zeigt, dass die ökologisch motivierte Wachstumskritik wesentliche Möglichkeiten ausblendet. Mehrausgaben für Bildung, soziale Infrastrukturen oder umweltfreundliche Technologien bedeuten ebenfalls Wachstum. Wenn in Deutschland 20 Milliarden Euro zusätz-



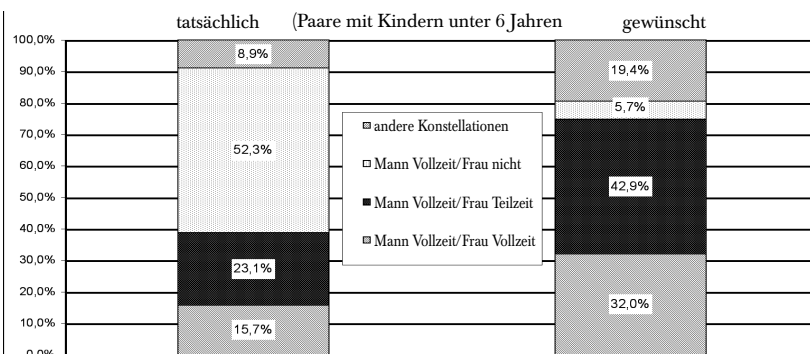
Politische Ökonomie

lich für Bildung ausgegeben würden, liesse sich ein zusätzliches Wachstum von rund einem Prozentpunkt erzielen. Wachstum ist nicht an sich ökologisch schädlich – es kommt darauf an, was wächst.

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem ein dringender Nachholbedarf besteht, ist die Kinderbetreuung. Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren gibt es in Westdeutschland kaum, in Ostdeutschland immerhin für gut ein Drittel der Kinder. Ab drei Jahren haben zwar 90 Prozent der Kinder einen Platz im Kindergarten, doch diese Kindergärten bieten meist keine Ganztagesbetreuung an.

In Deutschland ist die Erwerbsquote von Frauen noch immer verhältnismässig niedrig. Gleichzeitig belegt das Land im europäischen Vergleich bei der Geburtenrate zusammen mit Italien, Spanien und Griechenland die letzten Plätze. Junge Menschen überlegen es sich dreimal, ob sie sich Nachwuchs leisten können und wollen. Wenn die Beschäftigungsaussichten unsicher sind, wenn die Kinderbetreuungsangebote nicht ausreichen, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, eröffnet sich potenziellen Eltern keine Möglichkeit, um für ihre Kinder so zu sorgen, wie sie es gerne würden. Das ist im Übrigen heute ein Problem für Frauen *und* Männer. In Deutschland sind heute deutlich mehr Männer als Frauen kinderlos: 60 Prozent aller Frauen im Alter zwischen 20 und 45 Jahren haben Kinder, aber nur 46 Prozent der Männer (Schmitt 2004).

Die Folge dieser Situation: die Hälfte der Paare mit Kindern unter sechs Jahren praktiziert eine klassische Arbeitsteilung. Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau ist nicht berufstätig. Tatsächlich *wünschen* sich aber nur knapp sechs Prozent der Betroffenen diese Lebensform.



Wie würden Eltern gerne arbeiten? Quelle: OECD.

Männer und Frauen wollen erwerbstätig sein. Sie wollen eine eigenständige Absicherung durch Erwerbstätigkeit, und sie wollen in ihren erlernten Berufen arbeiten. Auch wenn die Erwerbsarbeit häufig des-



potische Züge trägt, ist sie die Form der Teilhabe an der gesellschaftlichen Arbeit, über die Individuen sich selbst entfalten und Anerkennung erreichen möchten. Die auch in Deutschland diskutierte Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ignoriert diesen Aspekt.

Das bedingungslose Grundeinkommen setzt lediglich an der Verteilungssphäre an. Die Produktionsverhältnisse und die Form der Erwerbsarbeit bleiben unberührt. Die Spaltung der Gesellschaft in Beschäftigte und Erwerbslose, in solche, die im Verwertungsprozess des Kapitals als nützlich oder »überflüssig« erachtet werden, wird zementiert. Wenn Frauen als potenzielle Mütter erst mit einem Grundeinkommen versorgt sind, warum soll man ihnen dann noch einen Arbeitsplatz, Weiterbildung im Betrieb und Aufstiegschancen anbieten?

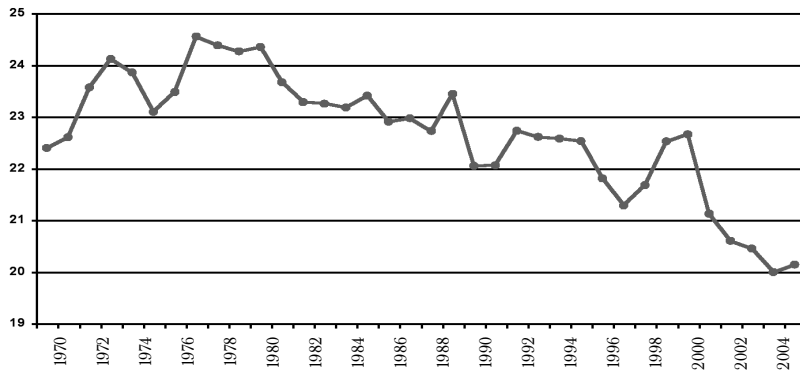
Die immensen Kosten eines bedingungslosen Grundeinkommens hätten ausserdem zur Folge, dass kein Geld mehr für den Ausbau der Kinderbetreuung, der kulturellen und sozialen Infrastruktur zur Verfügung stehen würde. Die Menschen wären zwar mit einem Grundeinkommen versorgt, aber die jetzt schon knappen und häufig teuren öffentlichen Angebote, die ebenfalls wichtig sind für die Teilhabe an der Gesellschaft, würden weiter reduziert.

40 Milliarden Euro für zusätzliche öffentliche Investitionen sind ungefähr ein Zwanzigstel der Kosten, die das bedingungslose Grundeinkommen in Deutschland gemäss Schätzungen von dessen ProtagonistInnen verursachen würde. Doch auch diese Mittel, so wird in den öffentlichen Diskussionen unterstellt, scheinen nicht vorhanden. Im Gegenteil: Mit der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent ab Januar 2007, mit Kürzungen bei der Entfernungspauschale, bei Abfindungen usw., mit zusätzlichen Kürzungen bei den Erwerbslosengeldern entzieht die grosse Koalition in Deutschland der Bevölkerung weitere 30 Milliarden Euro (gleichzeitig ist allerdings geplant, erneut Unternehmenssteuern im Umfang von fünf Milliarden Euro zu erlassen und Vermögende durch die Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge weiter zu begünstigen).

Der Konjunkturaufschwung – eine normale Entwicklung nach fünf Jahren Stagnation, die nichts mit den »Reformen« der Rot-Grünen oder der grossen Koalition zu tun hat – hat die Steuereinnahmen wieder etwas erhöht. Doch die Steuerreformen der vergangenen Jahre haben zu einer desolaten Lage der öffentlichen Finanzen geführt. Mit nur noch 20 Prozent hat Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern eine der niedrigsten Steuerquoten. Läge sie noch auf dem Niveau des Jahres 2000, würde das für die öffentlichen Kassen jährliche Mehreinnahmen von 50 bis 60 Milliarden Euro bedeuten.



Politische Ökonomie



*Die Entwicklung der Steuerquote in Deutschland.*

*Quelle: Bundesfinanzministerium und Steuerschätzung vom Mai 2006.*

ver.di hat zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus anderen Gewerkschaften, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und attac ein Steuerkonzept entwickelt, das ausreichende Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben gewährleisten und wieder ein Stück mehr Steuergerechtigkeit herstellen würde. Mit Mehreinnahmen von 45 Milliarden Euro ist das Konzept angesichts der Entwicklung der letzten Jahre zwar recht bescheiden. Schon diese Mehreinnahmen würden aber ausreichen, um das Zukunftsinvestitionsprogramm zu finanzieren.<sup>7</sup>

### Ein besseres Leben ist möglich

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Umfang von 40 Milliarden Euro mag man als nicht weitgehend genug kritisieren: Auch mit einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze würde das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nicht verschwinden. Richtig: Auch das Thema Arbeitszeitverkürzung müsste angesprochen werden. In der Realität brauchen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben momentan aber viel Kraft, um Arbeitszeitverlängerungen abzuwehren.

Auch mit einem Zukunftsprogramm geraten wir womöglich bald an eine Grenze des Wachstums und der Beschäftigung. Auch richtig. Dann müssen – oder besser: können – wir eben die Arbeitszeit noch weiter verkürzen. Aber das ist vorerst Zukunftsmusik.

Ein wichtiges Ziel beim Präsentieren von Alternativen ist es, einen Diskussionsprozess anzuregen. Er ist die Voraussetzung für eine Renaissance der Beschäftigungspolitik – und für mehr. Die konkreten Beispiele von Bereichen, in denen deutlich mehr Investitionen sinnvoll und nötig sind, knüpfen an täglich erfahrbare Mängel an. Alternativen können nur eine Wirkung entfalten, wenn die Menschen sie wollen, als erreichbar ansehen und sich dafür stark machen. Ein besseres Leben ist möglich.





Aber nur wenn Menschen eine Vorstellung von einem besseren Leben entwickeln und dafür streiten.

## Anmerkungen

- 1 Der vielfach in der Presse diskutierten angeblichen Kostenexplosion beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) stehen Einsparungen beim Arbeitslosengeld I gegenüber, die trotz höherer Erwerbslosenquote 2005 insgesamt zu einem Plus von zwei Milliarden Euro führten und für 2006 einen noch höheren Plus erwarten lassen (vgl. z.B. Aust et al 2006).
- 2 Programm der CDU vom Dezember 2004. Zur Diskussion um den Mindestlohn siehe [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de).
- 3 Mit frei erfundenen Zahlen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen haben sich PolitikerInnen in Deutschland gegenseitig überboten. Seriöse Studien gibt es nur wenige, sie gehen zudem meist im Rauschen des Blätterwaldes unter. Siehe dazu die Broschüre ›Mythos Standortchwäche‹ unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de).
- 4 Im ver.di-Bereich Wirtschaftspolitik versuchen wir dies beispielsweise mit dem kurzen und prägnanten Format ›wipo aktuell‹ – einer regelmässig erscheinenden Information zu einem aktuellen Thema, mit der wir inzwischen einen breiten Kreis von Menschen auch über die Gewerkschaften hinaus erreichen. Auf der Website [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) besteht die Möglichkeit, sich in den Verteiler einzutragen.
- 5 Das ist das Ergebnis der ökonometrischen Studie von Klaus Bartsch (2006). Für Österreich haben Kaniovski et al (2003) eine Studie durchgeführt, die zu vergleichbaren Ergebnissen führt. Auch eine Literaturstudie des IWF (Hemming et al 2002) kommt zu dem Ergebnis, dass eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben deutlich stärkere Impulse für Wachstum und Beschäftigung hat als etwa Steuersenkungen. Dank der Steuermehreinnahmen infolge der Wachstumsimpulse kann es auch gelingen, öffentliche Haushalte trotz der zusätzlichen Ausgaben zu konsolidieren. Mit Wachstumsimpulsen, die durch Steuersenkungen erreicht werden, gelingt dies hingegen nicht.
- 6 Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm schlagen wir Mehrausgaben sowohl für Investitionen im engeren Sinn als auch für Personal vor. Insofern decken sich die zusätzlichen Ausgaben nicht mit dem eng gefassten Begriff der öffentlichen Investitionen. Der Bau eines neuen öffentlichen Kindergartens ist demnach eine Investition, die Einstellung des Betreuungspersonals aber nicht.
- 7 Das ausführliche Steuerkonzept sowie die Broschüre ›Konzept Steuergerechtigkeit‹ findet sich unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de).

## Literatur

- Aust, Judith, Silke Bothfeld, Simone Leiber, Till Müller-Schoell und Britta Seine (2006): Missbrauch und Kostenexplosion bei Hartz IV? WSI-Thesen zur aktuellen Reformdiskussion. WSI, Düsseldorf.
- Bartsch, Klaus, *Econometrics (KBE)* (2006): Abschätzung der Beschäftigungswirkungen von Elementen eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit dem makroökonomischen Modell LAPROSIM, Rotenburg.
- Düthmann, Anja, Peter Hohlfeld, Gustav Horn, Camille Logeay, Katja Rietzler, Sabine Stephan und Rudolf Zwiener (2006): Arbeitskosten in Deutschland bisher überschätzt. – Auswertung der neuen Eurostat-Statistik. IMK Report Nr. 11, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Hemming, Richard, Michael Kell and Selma Mahfouz (2002): The Effectiveness of Fiscal Policy in Stimulating Economic Activity – A Review of the Literature. IMF Working Paper WP/02/208, December 2002.
- Kaniovski, Serguei, Kurt Kratena und Markus Marterbauer (2003): Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien.
- Schmitt, Christian (2004): Kinderlose Männer in Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Materialien Nr. 34, Berlin.